



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Demokratie gemeinsam stärken statt das Lied der Rechtspopulisten singen!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Öffentlichkeit und politischen Debatten eine besondere Verantwortung für ihren Umgang mit Sprache und Fakten zu tragen. Die Mitglieder der Staatsregierung werden aufgefordert, sich zum Respekt vor demokratischen Institutionen und den Prinzipien der repräsentativen Demokratie zu bekennen.
2. Der Landtag stellt fest, dass bewusste Falschaussagen sowie das Verbreiten von nachweislich und eindeutig falschen Meldungen, Zitaten und Behauptungen entschieden abgelehnt werden. Diese haben in der demokratischen Auseinandersetzung nichts zu suchen und sind nicht Teil einer von Respekt getragenen politischen Debatte.
3. Ministerpräsident Dr. Markus Söder wird aufgefordert, den Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger aufgrund seiner mit demokratischen Prinzipien unvereinbaren Entgleisungen mit Zustimmung des Landtags zu entlassen.

### **Begründung:**

Nach einer Demonstration in Erding am 10.06.2023, bei der u. a. Ministerpräsident Dr. Markus Söder und der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger als Redner auftraten, stehen politischer Diskurs, die Verantwortung von Amtsträgern für den Zusammenhalt der Gesellschaft und nicht zuletzt die Abgrenzung von Demokraten gegenüber Rechtsextremen, Reichsbürgern, Antisemiten und Verschwörungsideologen endgültig am Scheideweg.

Demokratische Parteien, Fraktionen und insbesondere Regierungsmitglieder tragen die Verantwortung, das Vertrauen in demokratische Institutionen zu stärken und zurückzugewinnen. Wir sind als Demokraten den Werten der Menschenwürde und der Freiheit verpflichtet. Rechten und Reaktionären das Wort zu reden, untergräbt unsere Demokratie und unsere freie Gesellschaft.

Wenn Demokraten lieber mit rechten Demokratieverächtern gemeinsam Parolen schreiben als mit anderen Demokraten zu diskutieren, wenn auf Plakaten und Aufschriften zum Mord aufgerufen wird („Hängt die Grünen (...)" ), hilft das denjenigen, die die Demokratie zerstören wollen. Wenn Ministerpräsidenten einer solchen Demo mit ihrer Rede Aufmerksamkeit verleihen, dann ist dies dem Amt eines Ministerpräsidenten unwürdig. Ministerpräsident Dr. Markus Söder ist gefordert, Ordnung zu schaffen. Die Menschen in Bayern wollen diese Trump-Methoden nicht.

Es ist schlimm genug, dass Regierungsmitglieder inklusive Ministerpräsident Dr. Markus Söder faktenfrei sprechen, indem sie radikal-rechte Kampfbegriffe wie „Umerziehung“ oder „Genderzwang“ nutzen. Wenn zusätzlich ein stellvertretender Ministerpräsident die demokratische Legitimation der Bundesregierung in Zweifel zieht (u. a. „Jetzt ist der Punkt erreicht, wo endlich die schweigende große Mehrheit dieses Landes sich die Demokratie wieder zurückholen muss(...“), ist das brandgefährlich für den Bestand unserer Demokratie und überschreitet eine rote Linie. Ministerpräsident Dr. Markus Söder muss seinen Koalitionspartner in die Schranken weisen.

Sachlicher Diskurs und nicht plumper Populismus sollten die politischen Debatten bestimmen. Lösungen für die Zukunft statt Ängste schüren sollte die Devise aller demokratischen Fraktionen sein. Politisches Ringen um die besten Ideen statt plumpe Parolen und Beleidigungen sollten im Vordergrund stehen. Das sind die politischen Verantwortungsträger den Menschen in Bayern schuldig.